



Österreich



BAWAG: Können "Rote" nicht wirtschaften?

Die ÖVP plakatiert die Mär von den "Roten", die nicht wirtschaften können. Tatsächlich versagten nicht die Ideen der ArbeiterInnenbewegung, sondern ein System, das genau diese missachtete. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



KV-Runde: Tabubruch in der Elektro-Industrie

GPA und GMTN verkaufen den KV-Abschluss in der Elektro-Industrie als Erfolg. Erkauft wurde eine mäßige Lohnerhöhung mit massiven Flexibilisierungen. SEITE 3

Schwerpunkt



Gemeinsam leben – Gemeinsam kämpfen!

Im Wahlkampf werden sich die etablierten Parteien wieder in widerlichem Rassismus zu überbieten versuchen. Wir erklären unsere Alternative: Gemeinsamer Kampf für gemeinsame Interessen. SEITEN 4/5

Internationales



Berliner Mut gegen faule Kompromisse

In Berlin tritt die örtliche WASG gegen den Willen ihrer Bundespartei als linke Alternative zur Linkspartei.PDS zu den Wahlen an. Das wird durch die Sozialabbau-Politik der Linkspartei.PDS notwendig. SEITE 7

Gegen Rassismus, Bonzen und Profite

Warum bei den Nationalratswahlen eine sozialistische Linke nötig ist und die SLP antritt

von Sonja Grusch, SLP Wien

Die Bilanz der letzten Jahre ist alles andere als gut. Die Arbeitslosigkeit steigt, auch wenn die Regierung die Zahlen verbiegt. Tatsache ist, dass im Mai 62.626 Arbeitslose in Schulungen versteckt wurden. Das war ein Zuwachs von 21,4 %, der dann auch prompt dazu führte, dass offiziell im Mai weniger Menschen arbeitslos waren, weil ja in Schulung. An der echten Arbeitslosigkeit hat diese kosmetische Maßnahme aber nichts geändert. Denn Tatsache bleibt auch, dass 60.000 Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen sind (das sind 10,4 %). Gleichzeitig werden die Drohungen gegen "Ausländer" im Wahlkampf immer schlimmer.

NUR DIE KRAWATTE HAT EINE ANDERE FARBE

Es ist kein Zufall, dass PolitikerInnen oft das Offensichtliche ignorieren. Nämlich dass es nicht zuviel AusländerInnen, sondern zuwenig Jobs für die vielen Arbeitslosen gibt. Und das die angebotenen Bettelöhne oft zum Leben zuwenig sind. Würden diese PolitikerInnen das nämlich zugeben, dann müssten sie auch zugeben, dass das System, in dem wir leben, diese Probleme erzeugt. Doch im Gegensatz zu einem wachsenden Teil der Bevölkerung sind SIE für Kürzungen und Sozialabbau. Das gilt grundsätzlich für die VertreterInnen aller Parlamentsparteien. Unterschiede gibt es v.a. in der Farbe ihrer Krawatten. Keine der Parlamentsparteien ist gegen Privatisierung (die stets Jobabbau mit sich bringt). ÖVP und BZÖ betreiben sie gerade aktiv, die FPÖ ist für "echte Privatisierung", die SPÖ führt sie in Wien unter dem Deckmäntelchen "Ausgliederung" im gesamten Sozialbereich durch und auch die Grünen haben damit – wie bei



der Post – kein prinzipielles Problem. Natürlich sagt niemand offen, er sei für Sozialabbau, aber alle sind für "Budgetkonsolidierung", für "Eigenverantwortung der BürgerInnen". Auch die Grünen "erkennen an, dass der Markt das effizienteste bisher bekannte Steuerungsinstrument für wirtschaftliche Aktivitäten ist". Marktwirtschaft bedeutet Kapitalismus und das bedeutet, dass die Profite der Unternehmen auf Kosten von Mensch und Umwelt gesichert werden. Da hilft kein Schönreden – das ist Kapitalismus.

WENN ES DER WIRTSCHAFT GUT GEHT ... STEIGT DIE ARBEITSLOSIGKEIT!

Die VertreterInnen der etablierten Parteien folgen letztlich derselben Logik. "Wir müssen die österreichische Wirtschaft stärken – dafür müssen die Beschäftigten billig arbeiten, damit wir konkurrenzfähig bleiben/werden." Eine Logik, die aber nicht stimmt. Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns

nämlich NICHT allen gut, sondern nur wenigen. Zwischen 1997 und 2005 sind die Gewinne doppelt so stark gestiegen wie die Löhne und Gehälter. Doch es werden keine Jobs geschaffen, sondern bestehende vernichtet, bzw. bestenfalls durch schlechter bezahlte ersetzt. Die Folgen: Arbeitslosigkeit und vor allem Armut steigen – über eine Million Menschen sind in Österreich davon betroffen. Auf der Suche nach Schuldigen sind sich die etablierten Parteien nun ebenfalls einig – selbst wenn sich der Tonfall unterscheidet: "Die Ausländer".

"AUSLÄNDER" SIND DIE FALSCH E ADRESSE ...

Doch nicht nur bei FPÖ und BZÖ findet ein Duell um den geschmacklosesten Rassismus statt. Auch die ÖVP versucht den ihren durch "Studien" zu untermauern (auch wenn diese falsch und unwissenschaftlich sind). SPÖ und Grüne geben demgegenüber die "menschlichere" Form der "Ausländer-Halt"-Politik zum

Besten: "Zuwanderung ist kein Recht, sondern ein Privileg. Die Zuwanderung nach Österreich muss zukünftig auf Grundlage der österreichischen Interessen definiert werden" schreibt die SPÖ. Als österreichische Interessen sind wohl die der österreichischen Unternehmen zu verstehen. Eine Logik die auch das Grüne Punkte-System beinhaltet. Am Besten schon im Internet sollen so möglich MigrantInnen austesten können, ob sie der Wirtschaft ausreichend von Nutzen sein werden. Für alle Anderen soll es ebenfalls heißen: (Grüne) Grenzen dicht. (Mehr dazu auf S. 4 und 5)

SIE HABEN KEINE LÖSUNGEN – SLP STEHT FÜR ALTERNATIVE

PolitikerInnen sind nicht unbedingt dumm – aber sie vertreten nicht unsere Interessen. Sie können Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Umweltzerstörung oder Krieg nicht lösen. Das liegt nicht an ihnen – diese Probleme sind im Rahmen des Kapitalismus auch gar nicht lösbar. Es gibt nur ver-

schiedene Konzepte, wie diese Probleme gemildert werden können (die aber letztlich alle nicht funktionieren).

Deswegen ist es höchste Zeit, wirklich andere Lösungen zu diskutieren und umzusetzen. Warum nicht die Arbeitszeit drastisch reduzieren und einen Mindestlohn von 1100.– netto einführen? Das würde die Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen, gäbe ein Einkommen, von dem man auch leben kann und könnte aus den gestiegenen Gewinnen der Unternehmen finanziert werden.

Warum nicht eine Wirtschaft, in der ArbeitnehmerInnen selbst entscheiden, was und wie produziert und gebaut wird und wo die Bedürfnisse der Allgemeinheit im Mittelpunkt stehen?

Warum nicht eine Demokratie, wo VertreterInnen für ihre Handlungen "grad stehen" müssen und nicht mehr verdienen als die Menschen die sie vertreten? Eine Utopie?

Die wirkliche Utopie ist ein friedlicher, demokratischer und sozialer Kapitalismus. Die SLP (Sozialistische Linkspartei) wird deshalb bei den kommenden Wahlen als einzige, klar sozialistisch positionierte Kraft kandidieren um gerade in der Wahlauseinandersetzung ein deutliches Zeichen gegen diese etablierte Politik setzen zu können.

UNTERSTÜTZEN SIE DEN SLP-WAHLKAMPF:

Unterstützen Sie uns mit einer Unterstützungserklärung auf ihrem Bezirksamt, mit einer Spende (PSK 8812.733) und Ihrer aktiven Mitarbeit.

TERMIN

MITTWOCH, 12.07.'06, 19:00

6 Jahre schwarz-blau

SLP-Sommerortgruppe "Amerlinghaus", Wien 7.; Stiftg. 8

Der Standpunkt

UnternehmerInnen
raus aus dem
Parlament

von Sonja Grusch



In der Schule lernen wir, dass das Parlament die Vertretung des Volkes sein soll. Wer ist das Volk? Zum überwiegenden Teil ArbeitnehmerInnen, bzw. Arbeitslose und PensionistInnen und ihre Angehörigen. Also die "ArbeiterInnenklasse". Rund 1,3 Millionen davon sind gewerkschaftlich organisiert. Die logische Folge wäre also, dass rund 16% aller ParlamentarierInnen aus der Gewerkschaft kommen müssten, und fast alle aus der ArbeiterInnenklasse. 50% müssten Frauen sein, 10% MigrantInnen, 35% jünger als 30. Die Realität sieht anders aus: Ältere Männer mit hohem Einkommen dominieren die "Volksvertretung". Die Politik, die im Parlament gemacht wird sieht dementsprechend aus: Nimm bei den Armen und gib den Reichen ist die Devise.

Nun blasen diese "VertreterInnen" zum Angriff auf die Gewerkschaften. GewerkschafterInnen sollten nicht mehr im Parlament sein, hört man von VertreterInnen aller Parteien. Nicht das die bisherigen ÖGB'lerInnen im Parlament bekannt für ihre kämpferische Position gewesen wären, aber ganz unter sich ist es halt doch netter.

Wir sehen das anders: Wir sagen "UnternehmerInnen raus aus dem Parlament". Denn sie vertreten nur eine winzige Gruppe der österreichischen Bevölkerung. Die Frage ist nicht, GewerkschafterInnen im Parlament – Ja oder Nein – sondern: mit welcher Partei. Die Kandidatur auf der Liste jeder der jetzigen Parlamentsparteien ist abzulehnen, da sie alle Politik gegen die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder machen.

Die Kandidatur auf einer Gewerkschaftsliste oder Liste gegen Sozialabbau aber ist zu begrüßen. Die ÖGB'lerInnen sollen nicht darüber klagen, dass sie die SPÖ nicht mehr will, sondern froh darüber sein, diese Sozialabbauer endlich los zu sein. Und endlich wirkliche gewerkschaftliche und politische Vertretung der ArbeiterInnenklasse organisieren. Also kämpferische Gewerkschaften und eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche. Eine solche Gewerkschaft und Partei können auch eine wirkliche Volksvertretung organisieren – und das wäre nicht das Parlament wie wir es heute kennen. Sondern eine echte Demokratie wo nicht mehr über unsere Köpfe hinweg und gegen unseren Willen entschieden wird.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

BAWAG-Pleite: Können "die Roten" nicht wirtschaften?

ÖVP & Co vertuschen wahre Hintergründe

von Albert Kropf, SLP Wien

BAWAG, Konsum (...) ÖVP, BZÖ und FPÖ gehen nun damit hausieren, dass die "Roten" angeblich nicht wirtschaften könnten. Doch wer oder was hat denn eigentlich versagt?

WER IST SCHULD AM BAWAG-UND KONSUM-DEBAKEL?

Keine Frage, der Konsum ist unter der Schirmherrschaft der SPÖ- und Gewerkschaftsführung pleite gegangen. Auch klar ist, wer Schuld an der BAWAG-Krise ist. Nämlich nicht nur abgehobene, moralisch degenerierte Gewerkschaftsbonzen, sondern auch völlig undemokratische Entscheidungsstrukturen. Was hinter dem Vorwurf der ÖVP steht, bezieht sich aber weniger auf die abgehobenen Spitzenfunktionäre, denn die vertritt sie ja selber nur aus anderen Bereichen (z.B. im Raiffeisensektor). Gemeint ist eigentlich, dass "menschenfreundliche" Produktion – also wenn der Mensch und nicht der Gewinn im Mittelpunkt steht – immer in das finanzielle Desaster führen müsse. Der Konsum wollte es (ursprünglich) besser machen und die Ausbeutung der Beschäftigten und Kunden lindern, und die BAWAG wollte bessere Konditionen für Berufstätige anbieten. Beides hat anscheinend "objektiv" versagt.

Foto von Max Strohmeier

IN DER WÜSTE DES
KAPITALISMUS GIBT ES AUF
DAUER KEINE OASEN

Natürlich ist es nicht möglich im Kapitalismus längerfristig soziale "Oasen" zu errichten. Der Konkurrenzdruck zwingt jedes Unternehmen dazu, seine Mitarbeiter tendenziell so schlecht wie die Anderen es tun, zu behandeln. Trotzdem hat das aber nichts damit zu tun, wer jetzt besser wirtschaften kann. Denn weder der Konsum noch die BAWAG sind deswegen pleite, weil die Mitarbeiter so gut verdient oder die Kunden so wenig bezahlt hätten. Ganz im Gegenteil. Sozialabbau und Vernichtung von Arbeitsplätzen hat es da wie dort gegeben. Und auch eine aus SPÖ- bzw. ÖGB-Umfeld stammende Firmenleitung. Der damalige Konsumchef Gerharter ließ sich auch vom aus Gewerkschaftern und SPÖlern zusammengesetzten Aufsichts-

rat ein irrwitziges Gehalt bewilligen und schließlich stand der Konsum mit über 26 Milliarden Schilling Schulden da. Doch Pleiten und Privilegien sind kapitalistische "Normalität": 2005 gab es über 7000 Insolvenzen (das war ein plus von 7,8 % gegenüber 2004) – der überwiegende Teil wird auf Fehler des Managements zurückgeführt. Demgegenüber stiegen die Gehälter der Manager 2006 um 8,8 %. Bei stagnierenden Reallohnen für die ArbeitnehmerInnen, verdienen die Chefs im österreichischen Durchschnitt 140.000 Euro!

WELCHE "ROTEN" KÖNNEN
NICHT WIRTSCHAFTEN?

Der Grund ist also nicht, dass "Rote" per se nicht wirtschaften könnten, sondern dass sie ganz einfach keine Roten (und damit ArbeitervertreterInnen) mehr sind und die SPÖ keine ArbeiterInnen-

partei mehr ist. Deswegen gibt es auch kein genieren, wenn es darum geht mit beiden Händen zu zugreifen, wenn es ums Abkassieren geht. Und daran sind Konsum und BAWAG gescheitert, nicht an irgendwelchen linken Ideologien, die diese Herren sowieso nie hatten! Auch die Reihen von anderen Parteien sind dicht geschlossen mit Pleitiers, Multifunktionären, abgehobenen Techno- und Bürokraten. Und hier noch ein paar Beispiele: Friedrich Niederl, ehemaliger ÖVP Landeshauptmann der Steiermark wurde im Zusammenhang mit dem Bundesländerversicherungskandal Mitte der 80er Jahre zu 2 Jahren bedingter Haft wegen Beteiligung an Untreue verurteilt, der ÖVP Landespolitiker Emmerich Assmann setzte seinen Konzern 1993 in den Sand und vernichtete damit über 1000 Arbeitsplätze und natürlich darf auch ein gewisser Peter

Rosenstingl von der FPÖ nicht fehlen. Der saß als Nationalratsabgeordneter von 1996 bis 1999 im Finanz-, Budget- und Wirtschaftsausschuss, versiebt über 200 Millionen Schilling an Privat- und FPÖ-Geld und setzte sich dann nach Brasilien ab.

DAS SYSTEM VON ÖVP&CO:
EIN TÄGLICHER SKANDAL

Diese Liste ist beliebig verlängerbar: Rekordarbeitslosigkeit, Armut im achtreichsten Land der Erde, Steuergeschenke für die Reichen, Postenschacher und Geldverschwendung für Selbstinszenierung (...). Dieses System "versagt" für uns täglich. Nach der BAWAG-Pleite sind grundsätzliche Antworten und Alternativen wichtiger denn je. Als echte "Rote" treten wir von der SLP für eine demokratisch geplante Wirtschaft ohne Privilegien ein. Das wäre nicht nur das Gegenteil vom "System" Elsnar und Verzetnitsch, sondern auch vom System Schüssel und Gusenbauer.

TERMIN

MITTWOCH, 23.08.'06, 19:00

Sozialdemokraten an der
Macht: Eine DrohungSLP-Sommerortsgruppe
"Amerlinghaus", Wien 7.; Stftg. 8

SPÖ und Gewerkschaften: Vom siamesischen Zwilling zum Klotz am Bein?

Neuorientierung gegenüber SPÖ ist überfällig!

von John Evers, SLP Wien

Victor Adler wollte seine Aussage über die "siamesischen Zwillinge" – also die untrennbare Einheit von Sozialdemokratie und Gewerkschaft – sogar testamentarisch festschreiben lassen. Doch worauf baute dieser Zusammenschluss auf und was bedeutet er heute?

VON DER KAMPFGEMEINSCHAFT
ZUR ARBEITSTEILUNG

Historisch war die enge Bindung von Partei und Gewerkschaft durch die führende Rolle der sozialistischen Bewegung beim Aufbau moderner Gewerkschaftsstrukturen gegen Ende des 19. Jahrhunderts geprägt. Die ökonomischen und politischen Verhältnisse des Habsburgerstaates machten auch in der Folge eine schematische Trennung des ökonomischen und politischen Kampfes von vornherein unmöglich. Erst mit der Umsetzung des allgemeinen Wahlrechts (1907) und vor allem in der ersten Republik trat für die Sozialdemokratie, im Zusammenhang mit ihrer Wendung zum Reformismus, die strategische Bedeutung von Klassenkämpfen in den

Hintergrund. Nach 1945 teilten sich Partei und Gewerkschaft schließlich im Rahmen eines "österreichischen Weges" der Integration in den kapitalistischen Staat, die Aufgaben und Arbeitsfelder in der Gesellschaft auf. Die SPÖ wurde zur Staatspartei der 2. Republik, die Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Sozialpartnerschaft zum undemokratischen und bürokratisierten Ordnungsfaktor in den Betrieben. Gemeinsam wirkten sie in diesem Sinne nicht zuletzt auch auf der parlamentarischen Ebene.

ENDE DES AUFSCHWUNGS –
ENDE DER ARBEITSTEILUNG

Das Ende des langen Nachkriegsaufschwungs brachte aber, mit der Verstaatlichungskrise in den 1980er Jahren und den Sparpaketen in den 1990ern, auch das Ende dieser historischen Arbeitsteilung. Die Sozialdemokratie wandelte sich neoliberal, die Gewerkschaften verloren ihre traditionelle Machtbasis am "grünen Tisch" des politischen Systems, akzeptierten trotzdem die Privatisierungs- und Kürzungspolitik und gerieten in die Krise. Gewerkschaftsmitglieder stellten spä-

testens seitdem in der Strategie der Parteiführung bestenfalls Stimmvieh und Wahlkampfhelder dar. Die Umsetzung gewerkschaftlicher Interessenspolitik spielt demgegenüber keine Rolle mehr für die Sozialdemokratie. Das galt nicht zuletzt gerade für die Gewerkschaftsvertreter die für die SPÖ im Parlament saßen und in etlichen Fällen gegen die Beschlusslagen des ÖGB stimmten.

NEUORIENTIERUNG GEGENÜBER
SPÖ IST ÜBERFÄLLIG!

Mit welcher Leichtfertigkeit Alfred Gusenbauer die aktuelle Krise dazu benutzte, die Verbindungen zu den Gewerkschaften nun offiziell (und medienwirksam) zu kappen, zeigt in Wahrheit, wie lose diese bereits in der Vergangenheit waren. Diese Sichtweise gilt zumindest für die SPÖ-Führung, allerdings weniger für die Gewerkschaftsspitze, die sich noch immer verzweifelt an ihre öffentlichen Ämter klammert. Die eigentliche Frage die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist nicht die, ob Gewerkschafter "schon" oder "doch nicht" im Parlament sitzen dürfen, sondern wen, bzw.

Mit solchen Vertretern
brauchen wir keine
Bosse mehr.

was sie dort vertreten (und wie viel sie dafür kassieren). In diesem Zusammenhang läge aus gewerkschaftlicher Perspektive die Zukunft wohl nur in einem offensiven Schritt weg von den etablierten, neoliberalen Parteien – also auch der SPÖ – und der Formulierung einer eigenständigen Gewerkschaftspolitik im Interesse der Mitglieder. Eine solche Strategie könnte und sollte durchaus auch die Unterstützung von Kandidaten für öffentliche Ämter beinhalten – wenn diese ArbeiterInneninteressen vertreten und auf Pri-

vilegien zugunsten der Bewegung verzichten. Historisch lag darin übrigens ursprünglich das Geheimnis des Erfolgs der Ehe zwischen Gewerkschaften und Sozialismus.

TERMIN

MITTWOCH, 30.08.'06, 19:00

Gewerkschaften & Politik:
Wir brauchen politische
GewerkschaftenSLP-Sommerortsgruppe
"Amerlinghaus", Wien 7.; Stftg. 8

Flexibilisierung – Nein danke!

KV-Runde in der Elektroindustrie bedeutet weiteren Tabubruch.

Von Michael Gehmacher, GPA-Mitglied und Betriebsrat und Herbert Wanko, GMTN-Mitglied, beide SLP Wien

“Der ÖGB sorgt im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen jährlich für gerechte Lohn- und Gehaltserhöhungen, ... Lassen Sie sich folgendes auf der Zunge zergehen: Die 20 größten börsennotierten Unternehmen Österreichs haben 2005 ihre Gewinne um 50% gesteigert, ihren Managern durchschnittlich 30% mehr bezahlt - und ihre MitarbeiterInnen mit durchschnittlich 1% Lohnerhöhung abgespeist.” (Zitat: Rudolf Hundstorfer in der Krone 18. 6. 06)

Die Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 57.000 Beschäftigten der Elektroindustrie wurden am 6. Juni 2006 beendet. Die Arbeitgebervertreter, die Gewerkschaften Metall-Textil und die GPA einigten sich auf eine Erhöhung der Ist-Löhne und -Gehälter auf 2,6%, die KV-Mindest-Löhne und -Gehälter werden um 2,8% angehoben. Dazu kommt die Verteilungsoption mit einer Ist-Lohnerhöhung von mindestens 2,4% plus 0,5% der Lohnsumme zum individuellen verteilen.

GUTER ABSCHLUSS?

Die Gewerkschaftsführung spricht von einem guten Ergebnis - tatsächlich kam sie den Unternehmern stark entgegen um überhaupt einen Abschluss am traditionellen Verhandlungsweg zu bekommen. Diese “Sozialpartner” beschlossen nun einen deutlichen Schritt in Richtung Flexibilisierung der Arbeitszeiten - und damit Verschlechterungen auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen. Bei Gleitzeit kann die maximale tägli-



che Normalarbeitszeit auf 10 Stunden ausgeweitet werden. Beschlossen wurde auch eine Erhöhung des Durchrechnungszeitraumes auf 18 Monate. Mit Zustimmung des Betriebsrates sind dann im Extremfall 48 Wochenstunden Arbeitszeit bis zu ein Jahr möglich - wenn innerhalb der verbleibenden 6 Monate diese Überstunden 1 zu 1 (also ohne Zuschläge) ausgeglichen werden. Viele Gewerkschaftssekretäre argumentieren, dass diese Arbeitszeitmodelle vom Betriebsrat mit beschlossen werden müssen und dieser so die Möglichkeit hat sozialen Verbesserungen für seine Kol-

legInnen “heraus zu verhandeln”. Das mag in Einzelfällen zutreffen, der neoliberaler Trend ist ein anderer: Die Unternehmer drohen den Betriebsräten mit Stellenabbau oder Produktionsverlagerung und kriegen so leicht die Unterschrift, die sie brauchen.

RIESENGEWINNE UND STAGNIERENDE REALEINKOMMEN!

Vorausgegangen war dem Verhandlungsabschluss ein heftiger verbaler Schlagabtausch mit der Wirtschaftsseite. Betriebsversammlungen und ein Aktionstag standen im Raum. Betriebsversammlun-

gen wurden dann aber in den Großunternehmen nicht durchgeführt, “...weil man ja die Verhandlungspartner nicht provozieren wolle.” (Zitat eines ArbeitnehmerInnenvertreters aus dem Verhandlungsteam). Doch selbst die tatsächliche Lohnerhöhung reicht nun nicht aus um die gestiegenen Lebenskosten zu decken. Die Zulagen bleiben beim diesjährigen Abschluss unverändert, was zu einer Reduktion der Auswirkungen des Gesamtabschlusses führt. Gerade im Schichtbetrieb sind Zulagen ein wichtiger Bestandteil des Lohnes - real steigen die Entgelte also nicht ein-

mal um 2,6%. In vielen Großunternehmen - die die Elektroindustrie in Österreich größtenteils ausmachen - wird die ohnehin sehr undurchsichtige (Wer bekommt da etwas davon?) Verteilungsoption in Anspruch genommen, bleiben also weniger als 2,4% für die meisten Beschäftigten (von den “Verhandlungspartnern” wurden 2,2% geboten). “Das Ergebnis ist knapp an der Schmerzgrenze...” sagt Albert Hochleitner, Obmann des FE-EI - Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie. “Der Abschluss setzt die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse der Branche sehr gut um” kommt von Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA. Dies vor dem Hintergrund, dass die Elektroindustrie 2005 mehr als 10 Mrd. Euro umgesetzt hat und deren Gewinne durchschnittlich 5% vom Umsatz ausmachen (in manchen Branchen bis zu 20%) - was aufgeteilt auf die 57.000 ArbeiterInnen fast EUR 10.000 für jedeN wäre.

NEIN ZU DIESEM ABSCHLUSS - SCHLUSS MIT DIESER GEWERKSCHAFTSPRAXIS!

Wir fordern die Rücknahme der - von der Wirtschaft diktierten und vom ÖGB kampflos hingenommenen - Flexibilisierungsmaßnahmen, sowie eine Erhöhung der Realeinkommen der Beschäftigten. Entscheidend ist: Die Gewerkschaftsmitglieder und ArbeitnehmerInnen die mit diesen Abschlüssen leben müssen fragt (bisher) niemand. Warum eigentlich? Gewerkschaft “neu” kann nur bedeuten, dass sich daran was ändert. Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!

TERMIN E

FREITAG, 07.07.'06 19:00	DIENSTAG, 11.07.'06 19:00	MITTWOCH, 19.07.'06 19:00
<p>ÖGB in der Krise – wie weiter?</p> <p>Offene Diskussionsrunde</p> <p>Arbeiterkammer Linz; Raum 204</p>	<p>Wir brauchen eine Gewerkschaftskonferenz nicht “Business as usual”</p> <p>Plattform f. kämpferische & demokratische Gewerkschaften “Amerlinghaus”, Wien 7.; Stifgt. 8</p>	<p>Geld ist genug da: Wie wir uns den Sozialstaat leisten können</p> <p>SLP-Sommerortsgruppe “Amerlinghaus”, Wien 7.; Stifgt. 8</p>

Aus einer Stellungnahme der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften*

ÖGB: Alles beim Alten?

Allenorts ist nun von einer großen Reform der Gewerkschaftsbewegung die Rede. Kein Stein soll auf dem anderen bleiben, offiziell. Doch bereits die ersten Schritte dieses Prozess' zeigen, dass die Gewerkschaftsspitze im Wesentlichen alles beim alten belassen will: Einsame Entscheidungen abseits jeder Möglichkeit der Mitsprache durch die Mitgliedschaft. Das einzig Konkrete, das bislang an die Öffentlichkeit gedrungen ist, klingt wie eine Verhöhnung der Mitglieder: Mit lediglich 11.060 EUR brutto im Monat müssen die Spitzen- und Mehrfachfunktionäre nun auskommen.

EINIGE KONKRETE VORSCHLÄGE

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften schlägt dem-

gegenüber die Abhaltung einer Konferenz von aktiven Gewerkschaftsmitgliedern vor, auf der ein Aktionsprogramm beschlossen werden sollte. Ein solches Aktionsprogramm könnte folgende Punkte umfassen:

- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn und gleichzeitiger Abschaffung aller Durchrechnungszeiträume und dergleichen.
- Mindestlohn, -pension, - arbeitslosengeld von EUR 1.100,- netto
- Rücknahme der Pensionsreform
- Rücknahme der Sparpakete der letzten 15 Jahre
- Gegen jede Privatisierung

Neben einem solchen Programm braucht es aber auch Beschlüsse darüber, wie diese

Ziele erkämpft werden sollen und Strukturen, die lebendige und demokratische Diskussionen der Mitglieder zulassen. Dafür könnten folgende Punkte zielführend sein:

- Regelmäßige BetriebsrätInnen und AktivistInnen-Konferenzen, um Ziele und Strategie in konkreten Auseinandersetzungen festzulegen.
- Verbindliche Urabstimmungen der betroffenen KollegInnen über wichtige Entscheidungen, wie z.B. KV-Abschlüsse oder Verhandlungsergebnisse zu zentralen Themen
- Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit aller FunktionärInnen auf allen Ebenen
- FunktionärInnen dürfen nicht mehr verdienen, als jene, die sie vertreten, da-

mit die soziale Verbindung zwischen FunktionärInnen und Mitgliedern nicht verloren geht.

ZEICHEN UMSETZEN!

Die Frage ist lediglich, wer eine solche Konferenz organisieren kann und soll. Die Initiative “Zeichen setzen” hat einigen Staub aufgewirbelt und erschien wie ein frischer Wind in den etwas verkrusteten Gewerkschaften. 6 000 KollegInnen haben unterzeichnet. Doch nun stellt sich die Frage, was jetzt passiert. Die ÖGB-Spitze denkt nicht daran, die Initiative aufzugreifen. Die InitiatorInnen haben beschlossen, die Aktion zu beenden. Damit werden sie der Verantwortung, die sie übernommen haben, allerdings in keiner Weise gerecht. Wir versuchen

(weiter) einen offenen Dialog zu den Zukunftsfragen der Gewerkschaftsbewegung zu organisieren und laden dazu all jene die, die an kämpferischen und demokratischen Gewerkschaften interessiert sind, ein. Wir werden weiter für eine AktivistInnenkonferenz - wie oben beschrieben - werben und bieten allen Initiativen und interessierten GewerkschaftsaktivistInnen an, diese mit uns gemeinsam zu organisieren.

* Wir sind eine Gruppe von GewerkschaftsaktivistInnen und BetriebsrätInnen unterschiedlicher Branchen und Fraktionen. Wir haben uns nach den Streiks im Jahr 2003 formiert und seither bei allen großen Auseinandersetzungen versucht aktiver Bestandteil der Bewegung zu sein. Volltext auf:

Ihr da oben, ...

67.700 Millionäre in Österreich

Die Zahl der Dollarmillionäre ist in Österreich von 2004 auf 2005 damit um 7,5 % gewachsen. Diese 0,8 % der Bevölkerung besitzen 1/3 des österreichischen Gesamtvermögens, 9 % ein weiteres Drittel, mehr als 90 % den Rest. Alleine die hundert reichsten Personen im Land verfügen über 61 Milliarden Euro. Neben Steuerflüchtlingen (Österreich gehört zu den Steueroasen für Superreiche) wie Flick und Co. finden sich auch zahlreiche Politiker wie Prinzhorn (FPÖ), Androsch (SPÖ) und Bartenstein (ÖVP) auf der Liste der 100 reichsten Multimillionäre.

Provokation von Seiten der ÖGB-Spitze

“Im gesamten ÖGB wird es eine klar definierte Bezugsobergrenze für jene geben, die Mehrfachbezüge haben.” - “Wir halten uns dabei an die vom Nationalrat beschlossenen Bezugsbegrenzungen und an die Bezugsobergrenzen des Präsidenten der Bundesarbeitskammer und der Wirtschaftskammer Österreichs.” Die Höchstverdienstgrenze für ÖGB-Funktionäre soll künftig 140% des Gehalts eines Nationalratsabgeordneten, also um die 11.060 Euro (!!!) betragen. Laut eigenen Angaben hat es sich die oberste ÖGB-Spitze damit gerichtet: Lediglich 10 (!) Spitzenfunktionäre verdienen in diesem Einkommenssegment. Doch wer braucht solche Abzocker eigentlich?

Sparmaßnahmen im ÖGB

An den normalen MitarbeiterInnen in den Gewerkschaften, aber auch Leistungen, Bildungsarbeit (...) sollen bis Ende 2007 sieben Millionen Euro eingespart werden.

AK OÖ: ÖsterreicherInnen arbeiten länger

Die Österreicher arbeiten länger als alle anderen ArbeitnehmerInnen in Europa. “Zugleich sind mehr als 250.000 Menschen in Österreich von Arbeitslosigkeit betroffen”, weist die AK-OÖ auf den Widerspruch zwischen Höchstarbeitszeiten und Null-Erwerbsarbeitszeit hin. Etwa 7,26 Millionen Überstunden (4. Quartal 2005) werden pro Woche geleistet. Umgerechnet auf eine 38,5-Stunden-Woche würde dies einem Arbeitskräftepotential von knapp 190.000 Personen entsprechen.

Womit wir auskommen müssen

Ein mittleres Monatseinkommen beträgt 2.170 Euro brutto (1.500 Euro netto) bei Männern und 1.300 Euro brutto (1.000 Euro netto) bei Frauen. Im Schnitt betragen die Kosten für eine Wohnung in Wien bereits 400 Euro, das sind ca. 7,20 Euro/m².

... wir hier unten!

Gemeinsam leben – O

von Ken Horvath & Michael Gehmacher,
SLP Wien

Der kommende Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. Nicht nur von Seiten der FPÖ werden Rassismus und politische Angriffe auf MigrantInnen härter, wie die Forderung nach Abschiebung von arbeitslosen ImmigrantInnen seitens der Noch-Regierungspartei BZÖ zeigt. Auch die ÖVP versucht im Wahlkampf mit Ausländerfeindlichkeit zu punkten. SPÖ und Grüne fordern neue Beschränkungen. Es wird Zeit, diesen Zuständen eine schlagkräftige Bewegung für gleiche Rechte entgegenzusetzen. Die Wahlkampagne der SLP wird unter anderem in diesem Sinn geführt werden.

HISTORISCHER AUSGANGSPUNKT: DIE GASTARBEIT

Österreich ist in den vergangenen Jahrzehnten zum Einwanderungsland geworden. Knapp 800.000 Menschen bzw. fast ein Zehntel der Bevölkerung hat nicht die österreichische StaatsbürgerInnenschaft. Der Zahl der Personen mit Migrationshintergrund – d.h., nicht nur ausländische StaatsbürgerInnen, sondern auch Eingebürgerte und Nachkommen von MigrantInnen – kann nur geschätzt werden, liegt aber weit über einer Million.

Der wichtigste historische Ausgangspunkt der Migration nach Österreich ist die Gastarbeit der 1960er und 70er Jahre. Zahlreiche Faktoren – u.a. der Wirtschaftsaufschwung oder der Ausbau des Bildungs- und Pensionensystems – hatten damals zu einem relativen Arbeitskräftemangel geführt. Aus Sicht der Unternehmen eine unangenehme Situation: die ArbeiterInnenklasse befand sich in einer guten Verhandlungssituation. Um gegenzusteuern, wurde mit der organisierten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte begonnen. Innerhalb von nur zehn Jahren verdreifachte sich die Zahl der in Österreich lebenden AusländerInnen. Parallel stieg der Anteil ausländischer StaatsbürgerInnen an der unselbstständigen Beschäftigung von 0,7% (1962) auf 8,7% (1973).

Die GastarbeiterInnen hatten eine klare Funktion zu erfüllen: billige und flexible Arbeitskräfte zu sein. Dem Konjunkturverlauf entsprechend sollten sie kommen und gehen – und entsprechend erst gar keine dauerhafte Aufenthaltsperspektive entwickeln. Darauf war neben einer weitgehenden Isolation von österreichischen ArbeiterInnen und der Unterbringung in Baracken auch die rechtliche Situation ausgerichtet: MigrantInnen hatten kein eigenständiges Aufenthaltsrecht – die Beschäftigungsbewilligung wurde dem Unternehmen, nicht der/dem MigrantIn ausgestellt.

Diese Rechnung ging nicht auf. Unternehmen fanden Gefallen an ihren ausländischen Arbeitskräften und gingen dazu über, sie dauerhaft zu beschäftigen. Da die meisten ArbeitsmigrantInnen aufgrund ihrer schlechten Bezahlung ihre Sparziele bei weitem verfehlten, kam ihnen die Verlängerung ihres Aufenthalts entgegen. Unter der Hand wurde so aus einer dem Konjunkturverlauf entsprechend zu regelnde Arbeitskräftequelle eine Bevölkerungsgruppe mit mittelfristiger Aufenthaltsperspektive.

Mit der dauerhaften Niederlassung wurde nicht nur die desolate soziale Lage der MigrantInnen offensichtlich, auch das komplexe System an ideologischen, sozialen und rechtlichen Diskriminierungen, das eine Ausbeutung erst ermöglicht hatte, zeigte seine Wirkung.

DAS ERBE DER GASTARBEIT

Dieser Geist der Arbeitsmigration prägt bis heute die österreichische Migrationspolitik. Wer nach Österreich kommt, um hier auch zu arbeiten, erhält nach wie vor zunächst eine Beschäftigungsbewilligung, die dem Unternehmen ausgestellt wird. Nach einem Jahr mehr oder weniger ununterbrochener Beschäftigung

kann eine Arbeitserlaubnis erworben werden, die zumindest den Wechsel zu einem Arbeitgeber derselben Branche im selben Bundesland zulässt. Erst nach weiteren Jahren der Beschäftigung in solchen Abhängigkeitsverhältnissen besteht die Chance, den so genannten Befreiungsschein zu erhalten, der eine formale Gleichstellung am Arbeitsmarkt bedeutet.

Als Folge dieser Politik stehen AusländerInnen und Personen mit Migrationshintergrund – eingebürgerte MigrantInnen, Kinder aus MigrantInnenfamilien etc. – überwiegend in schlecht bezahlten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Das mittlere Einkommen ausländischer StaatsbürgerInnen liegt rund 15 % unter jenem inländischer. Entsprechend sind MigrantInnen überdurchschnittlich von Armut betroffen. Während 11% der in Österreich geborenen Personen als armutsgefährdet gelten können, sind es bei eingebürgerten MigrantInnen 23% und bei ausländischen StaatsbürgerInnen 28%.

Auch von Arbeitslosigkeit sind MigrantInnen überproportional betroffen. Allein in den Jahren 1988 bis 1998 verdreifachte sich die Zahl der arbeitslosen AusländerInnen – die Arbeitslosenquote von ausländischen StaatsbürgerInnen liegt seit Beginn der 1980er stabil über jener von InländerInnen, obwohl nach wie vor ein Teil der Arbeitslosigkeit von AusländerInnen "exportiert" wird (viele AusländerInnen verlieren bei Verlust ihres Jobs ihre Aufenthaltsberechtigung). Nicht berücksichtigt sind dabei all jene, häufig in unsicheren Jobs beschäftigten Menschen, die im Lauf der Jahre die österreichische StaatsbürgerInnenschaft erworben haben.

Ein Problem, bei dem die Wechselwirkung von kulturellen, rechtlichen und sozialen Problemen besonders deutlich zu Tage tritt, ist die Wohnsituation. Nicht-StaatsbürgerInnen waren von weiten Teilen des sozialen Wohnbaus ausgeschlossen. Als Folge kamen viele MigrantInnen in Substandardwohnungen unter – zu mehr reicht ihr Einkommen nicht. Noch im Jahr 2000 wohnten in Wien über 30% der ausländischen StaatsbürgerInnen in Wohnungen der Kategorie C oder D. Für diese zahlen sie übersteuerte Preise. Trotz der niedrigeren Wohnqualität zahlten AusländerInnen 2000 pro Quadratmeter Wohnfläche um rund ein 25% mehr als ÖsterreicherInnen.

Die Probleme beginnen schon bei der Bildungssituation. Die Kinder von ArbeitsmigrantInnen haben deutlich geringere Chancen auf Bildungsaufstieg und besuchen überwiegend Schulen, die im besten Fall zu einem Lehrabschluss führen. Ein Teufelskreis: aufgrund der niedrigen Einkommen der Eltern sind viele gezwungen, früh zum Familieneinkommen beizutragen. Der niedrige Bildungsabschluss verhindert gleichzeitig einen beruflichen Aufstieg. Gemessen am Geldwert verdienen die zweite und dritte Generation weniger als die GastarbeiterInnen der 1960er.

DIE ANTWORT DER HERRSCHENDEN: SCHULDUMKEHR

Die fatale Situation, in der sich ImmigrantInnen und Neo-ÖsterreicherInnen befinden, wird in der politischen und medialen Debatte weitgehend ausgeblendet. Statt die Probleme der MigrantInnen zu diskutieren, werden sie selbst zum Problem gemacht: Sie sollen schuld sein an Arbeitslosigkeit, Parallelgesellschaften aufbauen, für "unser" schlechtes Abschneiden bei PISA verantwortlich sein und nebenbei Gewalt in die Schulen bringen. Garniert werden diese Feindbilder mit heuchlerischen Kommentaren zur Unterdrückung von Frauen. Als gäbe es in österreichischen Familien keine Gewalt. Auf dieser Grundlage braucht dann nicht über Gleichberechtigung geredet werden – zunächst müssen MigrantInnen ihre "Integrationswilligkeit" unter Beweis stellen. Dieser Mechanismus funktioniert gut: Weil AsylwerberInnen unter den Generalverdacht gestellt werden, Drogendealer zu sein, muss sich die Regierung nicht für die men-



schenverachtende Schubhaft rechtfertigen, sondern Flüchtlinge müssen ihre Gesetzestreue beweisen. Der Polizeigewalt wird dadurch massiv Vorschub geleistet: Übergriffe bis hin zu toten AsylwerberInnen sind möglich, ohne dass es ernsthafte Konsequenzen gäbe.

Nicht nur die FPÖ will sich profilieren, indem sie dieses Spiel spielt. Die ÖVP hat nicht nur aktiv die Hetze von Haider, Strache & Co. in Gesetz gegossen, sie versucht ausserdem durch plumpe AusländerInnenfeindlichkeit WählerInnen von BZÖ und FPÖ zu gewinnen. Die SPÖ bläst mit ihrem brandneuen Zehnpunkteprogramm zum Thema Migration ins selbe Horn. Und die Grünen tun dort, wo sie die Möglichkeit hätten (etwa in Oberösterreich) wenig mehr, als die aktuelle Politik mitzutragen.

RASSISMUS GEHT UNS ALLE AN

Je größer die Kluft zwischen ImmigrantInnen und Nicht-ImmigrantInnen, desto schwieriger ein gemeinsamer Kampf für Verbesserungen. Solange die ausländischen KollegInnen als Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit gesehen werden, ist so ein Kampf sehr schwierig. Damit sind ausländerInnenfeindliche Gesetze oder Verordnungen ein Hindernis für die Verbesserung für alle ArbeitnehmerInnen.

Ein Beispiel sind die – vom ÖGB geforderten und mitgetragenen – Übergangsbestimmungen für ArbeiterInnen aus den neuen EU-Ländern. Diese fördern die Scheinselbstständigkeit und Lohndruck. Eine Kollegin aus Polen kann in Österreich legal wohnen, darf aber nicht "normal" arbeiten. Will sie etwa als Reinigungskraft arbeiten, muss sie ein Gewerbe anmelden. Als "Selbstständige" unterliegt sie keinem Kollektivvertrag. Stundenlöhne von 4 Euro sind so keine Seltenheit. Als Vermittler treten eigene Firmen auf, die sich eine goldene Nase verdienen.

Wenn kämpferische BetriebsrätInnen in einer betroffenen Firma die Zusage auf einen fixen Arbeitsplatz für diese ReinigungskollegInnen erreichen, sind sie trotz dieses kleinen Erfolges in einer politischen Zwickmühle: Denn die scheinselbstständige Kollegin kann aufgrund der Übergangsbestimmungen keine Arbeitsgenehmigung bekommen. Der Betriebsrat steht so vor einer schlechten Wahl: Kommt eine neue Kollegin mit normalen Dienstvertrag, wird die alte Kollegin arbeitslos (oder kommt in eine miesere Firma), bleibt die scheinselbstständige Kollegin, muss er der Lohndrückerei in der eigenen

Belegschaft zusehen. Mit seinen Forderungen nach Beschränkungen und Quoten hat der ÖGB der Spaltung der österreichischen ArbeitnehmerInnen Vorschub geleistet.

WO BLEIBEN DA DIE GEWERKSCHAFTEN?

ImmigrantInnen sind ein wichtiger Teil der österreichischen ArbeiterInnenklasse geworden. Im ÖGB zeigt das kaum Wirkung. Gemeinsame Kampagnen oder gar Aktionen für gleiche Rechte hat es vom ÖGB nie gegeben. Zwar sind viele MigrantInnen Gewerkschaftsmitglieder – eine (in ihrer Sprache angebotene und auf ihre Probleme zugeschnittene) Beratung gibt es aber nicht. Das Hinterherhinken in der Beratungskultur ist ein Hinweis darauf, dass nichtösterreichische ArbeitnehmerInnen unerwünscht sind. Typisch dafür ist auch, dass der ÖGB seit den 80er Jahren die Forderung nach einem passiven Betriebsratswahlrecht zwar in seinem Programm hat, diese Forderung aber von der EU-Bürokratie "durchgesetzt" wurde. Außer einem versteckten Hinweis auf der ÖGB-Homepage schweigt der ÖGB dazu. Zufall??? Dabei könnten mit dem neuen Betriebsratswahlrecht – verbunden mit einer entsprechenden Kampagne – viele neue Betriebsräte von ausländischen KollegInnen gegründet werden.

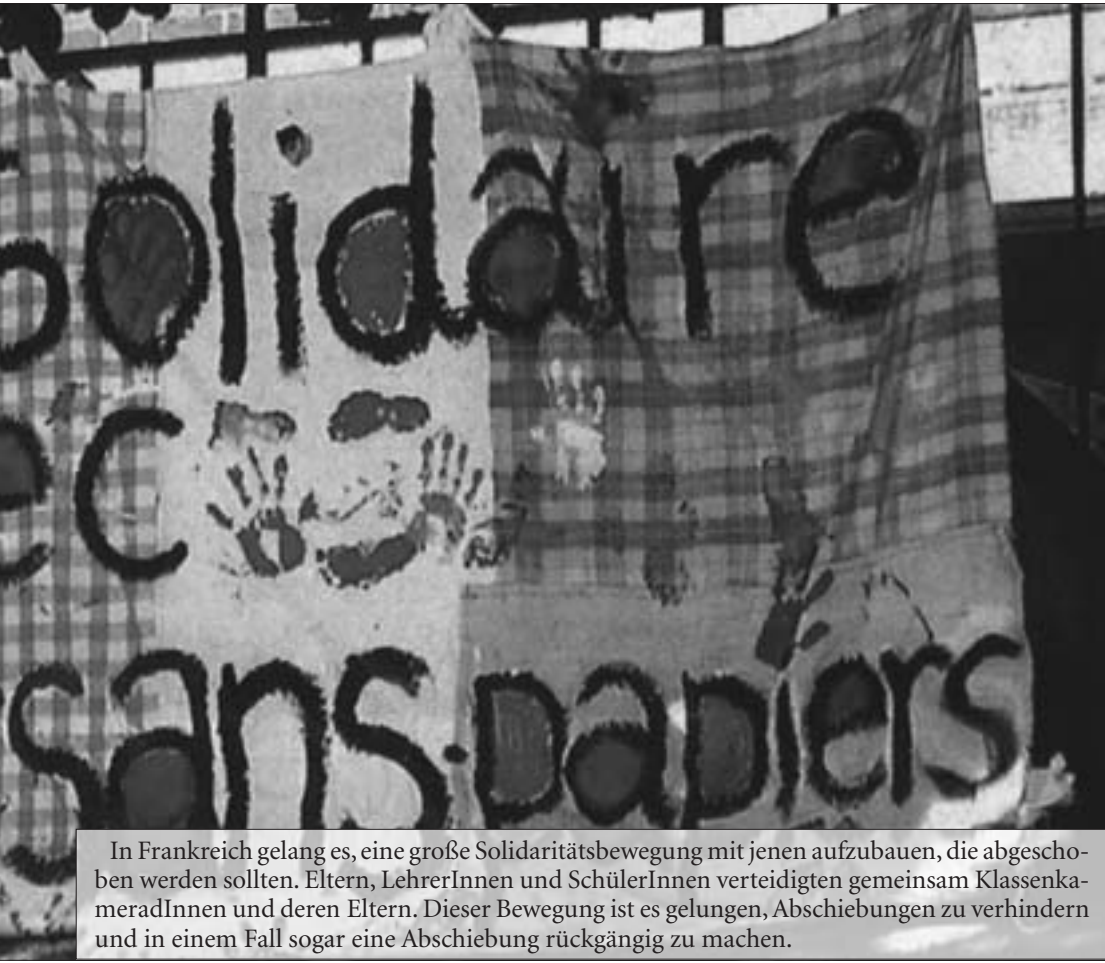
Von den knapp 4.000 Gewerkschaftsangestellten haben kaum welche einen Migrationshintergrund. In gewerkschaftlich gut organisierten Großbetrieben gibt es kaum Betriebsräte mit ImmigrantInnen-Background. Eine große Firma (etwa im Reinigungsbereich), in der von tausenden Beschäftigten einer der wenigen gebürtigen ÖsterreicherInnen (und Männer) in der Belegschaft der Betriebsratsvorsitzende ist, ist keine Seltenheit. Auf allen gewerkschaftlichen Ebenen sind MigrantInnen unterrepräsentiert. Eigene Gewerkschaftsstrukturen für ImmigrantInnen wären dringend nötig.

Diese würden den ÖGB nicht schwächen, sondern stärken. Der Aufbau einer kämpferischen und demokratischen Gewerkschaftsopposition bzw. einer neuen Gewerkschaftsbewegung kann nur unter aktiver Einbeziehung von ImmigrantInnen funktionieren.

DIE SLP FORDERT

Volle soziale und demokratische Rechte für alle Menschen, die hier leben.
Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze

Gemeinsam kämpfen!



In Frankreich gelang es, eine große Solidaritätsbewegung mit jenen aufzubauen, die abgeschoben werden sollten. Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen verteidigten gemeinsam KlassenkameradInnen und deren Eltern. Dieser Bewegung ist es gelungen, Abschiebungen zu verhindern und in einem Fall sogar eine Abschiebung rückgängig zu machen.

TERMIN

MITTWOCH, 02.08.'06, 19:00

Gemeinsam leben – Gemeinsam kämpfen!

SLP-Sommerortsgruppe
"Amerlinghaus", Wien 7.; Stiftg. 8

Feindbild Islam – unintegrierbar?

Von Phillip Fleischmann, SLP Wien

"In der Türkei würde ich eben meiner Frau sagen müssen, daß sie ein Kopftuch tragen muß." (Neue Freie Zeitung, FPÖ-Organ, 22.6.06) Diese Aussage des Innsbrucker FPÖ-Gemeinderats Richard Heis zeigt deutlich, was hinter der freiheitlichen Propaganda á la "Freie Frauen statt Kopftuchzwang" steht: Reaktionäres Gedankengut, gepaart mit Populismus.

Der Islam ist für FPÖ und BZÖ zum Feindbild Nummer eins geworden – Heis hat eine Kampagne für ein Kopftuchverbot in Innsbrucker öffentlichen Gebäuden gestartet und warnt vor "islamischen Parallelgesellschaften". Und er zitiert eine Soziologin, die "eindeutig festgehalten [hat], daß das Kopftuch für sie eine Körperverletzung ist". Diese "Körperverletzung" würde er aber, wäre er in der Türkei, bereitwillig an seiner Frau begehen, obwohl er sogar selbst anspricht, dass das gerade dort in allen Schulen und öffentlichen Gebäuden verboten ist.

Das ist nur scheinbar widersprüchlich. Bereits seit längerem fährt die extreme Rechte eine Art Apartheid-Logik (angebliche Gleichberechtigung der Völker, aber strenge Abgrenzung nach "Rasse", oder Kultur), z.B. vom BZÖ als "Europa der Vaterländer" bezeichnet. Offensichtlich ist die reaktionäre Ideologie, die momentan in Teilen der islamischen Welt an Boden gewinnt, der österreichischen Rechten gar nicht unrecht. Der Anti-Islamismus, der im Gefolge des US-Amerikanischen Krieg gegen den Terror auch in Österreich breiter wurde, ist ein Vehikel, um die Idee des "ethnisch reinen" rüberzubringen. Innenministerin Lise Prokop behauptete auf Grundlage einer für ihr Ministerium verfassten Studie, das 45% der in Österreich lebenden Moslems konservativ bis religiös eingestellt

sind und deutet das, dass diese "integrationsunwillig" sind. Das wirft ein zumindest eigenartiges Licht auf ihre eigene, konservative Partei.

UNSER STANDPUNKT

JedeR ernsthafte MarxistIn lehnt Religionen ab. Gleichzeitig sind SozialistInnen diejenigen, die entschieden ablehnen, religiöse Vorurteile gegen Menschen eines anderen Glaubens bzw. Nicht-Glaubens einzusetzen. Genauso wie wir gegen Diskriminierung aufgrund einer Religionszugehörigkeit sind, kämpfen wir gegen Unterdrückung auf der Grundlage von Geschlecht, Hautfarbe und sexueller Orientierung. Gerade in diesen Punkten befindet man sich mit den verschiedenen religiösen Hardlinern in offenem Kampf, natürlich auch den islamischen. Gleichzeitig muss die ArbeiterInnen-Bewegung und im speziellen die sozialistische, offen auf religiös geprägte ArbeiterInnen zugehen.

Die ArbeiterInnenbewegung, und vor allem die Gewerkschaften, sind gefordert, Kämpfe von ArbeitnehmerInnen, egal welcher Herkunft oder Konfession, zur Verbesserung der sozialen Lage zu führen und so die Basis für eine gemeinsame Identifikation zu legen.

Die gegenwärtige Diskussion über "Integration", in der von fast allen Seiten Migration als "Privileg" dargestellt wird, für das "Verantwortung der ZuwanderInnen" eingefordert wird, die sich den "österreichischen Interessen" unterzuordnen hätten (sämtliche Zitate 10-Punkte-Programm der SPÖ) und das Fehlen einer Kraft, die klarmacht, dass eben diese Kapitalinteressen unfreiwillige Migration zu miesen Bedingungen erzwingen und die ArbeiterInnen für ihre Rechte mobilisiert, begünstigen die weitere Verbreitung der reaktionären Ideen.

Woher kommt das weltweite "Migrationsproblem"?



Mit letzter Kraft rettet sich ein Flüchtling an den Strand von Fuerteventura. Im Hintergrund: Touristinnen.

von Herbert Wanko, SLP Wien

Etwa 50 Millionen Menschen verlassen nach Schätzungen jährlich weltweit ihren Heimatort aufgrund widriger Umweltverhältnisse, über 40 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung. Die Hälfte davon muss im "eigenen" Land bleiben, weil sie keine Möglichkeit hat es zu verlassen – sei es weil sie an der Ausreise gewalttätig gehindert wird oder die Grenzen der Nachbarländer dicht gemacht werden und schwer bewacht sind. Sie leben dort in Flüchtlingslagern unter erbärmlichsten Verhältnissen – haben gerade genug um nicht sofort zu verhungern oder an Krankheiten zu sterben, die in den Industriestaaten nicht einmal mehr wahrgenommen werden.

DIE INDUSTRIESTAATEN NENNEN ES EIN "MIGRATIONSPROBLEM"

Die einzigen, die wirklich ein Migrationspro-

blem haben, sind MigrantInnen selbst. Es beginnt mit den Ursachen für ihre Flucht, führt über Probleme, die sie bei der Ausreise haben und ihnen oft das Allerletzte, was sie noch haben, kostet, hin zu Problemen auf ihrer oft tausende Kilometer langen Reise. Gelingt ihnen das, so stehen sie – falls sie in Industriestaaten wollen – vor dem Problem in die reichen Festungen, die durch meterhohe Stacheldrahtzäune, massive Militärpräsenz, Radaranlagen und verstärkte Küstenwache abgeschottet sind, hineinzukommen. Konnten sie diese Probleme bewältigen, ist es noch lange nicht vorbei. Dürfen sie um Asyl ansuchen, werden sie erst recht in Flüchtlingslager gesteckt, stundenlangen diskriminierenden Verhören unterzogen, in denen sie ihre Situation beweisen müssen und oft extrem lange – währenddessen sie zur Untätigkeit verdammte sind – in Unsicherheit gelassen, ob sie überhaupt bleiben dürfen. Gehören sie schlussendlich zu den vielleicht 200.000, denen im Jahr 2005 in Europa und Nordamerika Asyl ge-

währt wurde, werden sie von Politikern aller couleures angegriffen und für ihre Machtspielen verwendet, von ArbeitgeberInnen ausgebeutet, unterdrückt und gegen andere Menschen ausgespielt.

WAS SIND NUN DIE URSACHEN FÜR DIESE PROBLEME, MIT DENEN JÄHRLICH MILLIONEN MENSCHEN ZU KÄMPFEN HABEN?

Im Grunde genommen sind alle Menschen, die ihr Land verlassen, weil es nicht mehr lebenswert ist, "politische" Flüchtlinge. Wie schon vor tausenden Jahren wirtschaftliche und religiöse Eroberungsfeldzüge tausende Menschen zur Flucht zwangen, setzte sich dies im Laufe der Jahrhunderte ungebremst fort und nahm im letzten Jahrhundert extreme Ausmaße an. Kapitalistische "Globalisierung" bedeutet eben nicht nur, dass die Welt "kleiner" wird, sondern auch die Widersprüche des Systems stärker wirken. Scheint es für die Wirtschaft als sinnvoll, werden zig-tausende als Billigst-Arbeitskräfte aus anderen Ländern importiert. Werden diese Menschen aufgrund von technischem Fortschritt oder weil Produktionen in noch billigere Entwicklungsländer ausgelagert werden, nicht mehr gebraucht, so werden sie – wenn sie sich nun hier doch schon heimisch fühlen und Existenzen aufgebaut haben und das Land nicht mehr verlassen wollen – zum angeblichen Problem. Der Teil der MigrantInnen sind auch Kriegsflüchtlinge, wie z. B. fast 5 Millionen die vor den westlichen Invasionstruppen aus Afghanistan und dem Irak geflohen sind, oder 2,5 Millionen aus den Bürgerkriegsgebieten in Somalia und im Sudan, oder ebenso viele aus Ko-

lumbien. In all diese kriegerischen Auseinandersetzungen sind die imperialistischen Großmächte direkt verstrickt, um ihre politische, wirtschaftliche und militärische Macht noch mehr auszuweiten. Jedoch gibt es neuerdings in zunehmendem Maße auch "ökologische" Flüchtlinge, die zum Beispiel durch Waldrodungen ihres Lebensraumes beraubt werden, was natürlich aus wirtschaftlichen Gründen und zwar in riesigem Ausmaß passiert und nicht weil der kleine Bauer ein bisschen mehr Anbaufläche haben möchte. Ebenso zwingen Naturkatastrophen – für deren Ursachen wiederum die kapitalistischen Industrienationen verantwortlich sind – viele Menschen dazu ihre Heimat zu verlassen. Und aufgrund der globalen Erwärmung werden in den nächsten Jahrzehnten ganze Inselstaaten von den Landkarten verschwinden.

ES LIEGT AM SYSTEM

Es ließen sich noch dutzende Gründe aufzählen, die Menschen zwingen in anderen Ländern Zuflucht zu suchen. Aber allen liegt das unmenschliche, Mensch und Natur rücksichtslos ausbeutende kapitalistische Gesellschaftssystem zugrunde. Wobei nur ein winziger Bruchteil der Gewinne oder der Kriegskosten ausreichen würde, um allen Menschen dort ein Leben zu ermöglichen, wo sie leben wollen – auch dort, von wo sie in der jetzigen Situation flüchten mussten. Leider verfolgt das kapitalistische System gerade die gegenteilige Richtung, kann also nicht bekehrt werden, sondern muss abgeschafft und durch eine gerechte, gleichberechtigte sozialistische Gesellschaftsordnung ersetzt werden.

SOS-ORF: Initiative ohne Alternative

Sven Hilberth, Betriebsrat "Orange 94.0", Präsidium BFG Multimedia der GPF, SLP Wien

"Der ORF hat zwei brennende Probleme: das Niveau des Programms sinkt und der politische Druck steigt. Beides schadet dem ORF sehr. Daher muss der ORF daran erinnert werden, dass nur die Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags die Gebühren rechtfertigt, und die Regierung muss daran erinnert werden, dass ihr der ORF nicht gehört." Mit diesen Worten beginnt der Aufruf von SOS-ORF, den immerhin über 60.000 Personen inzwischen unterschrieben haben.

DAS RAD DER GESCHICHTE ZURÜCKDREHEN?

Man tut hier so, als wäre in dieser Zeit ein unabhängiger, kritischer Journalismus zu 100% beim ORF möglich gewesen. Aber der ORF ist wirtschaftlich und politisch in dieses System eingebunden. Freilich, man merkt sowohl eine andere politische Einflussnahme, als auch eine extreme Verschlechterung der Arbeitsbedingungen dort. Doch wie schauen diese Rahmenbedingungen, und auch diese Verschlechterungen im Detail aus? Immer schon war der ORF ein Interventionsfeld verschiedener Interessensvertretungen und Parteien. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren offensichtlich so weit Richtung ÖVP und zuungunsten der meisten Beschäftigten verschoben, dass es inzwischen schon jedem auffällt. Die "Generaldirektorin von Bundeskanzler Schüssels Gnaden" Monika Lindner hat nach ihrer Ernennung 2002 verschiedene wichtige redaktionelle Positionen neu besetzt. "Zunehmen-



der Druck im Unternehmen und politische Zensur sind für die meisten ORF-MitarbeiterInnen unerträglich geworden. Schuld daran ist auch die Paketelei des ORF-Zentralbetriebsrates rund um den Vorsitzenden Fiedler, die diese Politik erst ermöglicht hat", so Dr. Georg Tidl, der geschäftsführende Vorsitzende der Bundesfachgruppe Multimedia und Informationsdienstleistungen in der Kommunikationsgewerkschaft GPF. Beim ORF-Fernsehen ist mittlerweile keiner und keine der Kameraleute mehr angestellt, es wurde eine ganze Berufsgruppe auf prekäre Arbeitsbedingungen umgestellt oder ausgegliedert. Ähnlich schaut es in anderen Bereichen aus. Und da gliedert sich der ORF genau in die generelle Verschlechterung von Arbeitsbedingungen in dieser Zeit ein. Was tut der Betriebsrat dagegen, aber wo bleiben auch die Gewerkschaften? All diese konkreten Fragen klammert die Unterschriftenaktion aber eigentlich aus.

EINIGE GRUNDSÄTZLICHE ÜBERLEGUNGEN

In der Publizistik- und Kom-

munikationswissenschaft wird immer wieder diskutiert, inwieweit die Medien als 4. Gewalt im Staat zu bezeichnen sind. Doch so wie die Gewaltenteilung zwischen Parlament, Exekutive und den Gerichten in der Realität nur ein theoretisches Modell darstellt, ist auch die Idee "unabhängiger" Medien eine blanke Illusion. Praktisch alle Printmedien (Zeitungen, Zeitschriften), aber auch die privaten Radios und Fernsehanstalten, sind alleine auf Werbung angewiesen. Werbung ist sicher vor allem zielgruppenorientiert – aber nicht nur: Wenn Medien unliebsam berichten, hat dies natürlich auch einen Einfluss auf die Vergabe der Werbung. Somit kann im Endeffekt über den Fortbestand des Mediums entschieden werden, wenn das Unternehmen nicht, wie in vielen Fällen, eh direkt am Medium in Form von Eigentumsanteilen beteiligt ist. Der ORF agiert in und auf diesem Markt – das ist das eigentliche Problem. Er schießt auf Werbeaufträge und (deshalb) auf Quotenheuler. Die Initiative SOS ORF kritisiert diesen Umstand überhaupt nicht, selbst ein grundsätzliches Bekenntnis

zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk fehlt. Auch die Forderungen zur inneren Strukturreform haben mit einer Demokratisierung des ORF nichts zu tun: Wer bestimmt wer im "unabhängigen und kompetenten Aufsichtsrat" sitzt, wer entscheidet nach einem "öffentlichen Hearing" über die Besetzung der Generaldirektion? Wollen wir wirklich eine "Unabhängigkeit" des ORF wie sie Krone, Standard und Presse täglich vorgaukeln oder eine echte Vertretung von ArbeitnehmerInnen, Frauen, Jugendlichen, und MigrantInnen - Gruppen, die sich in den Gremien, aber auch in der Berichterstattung des ORF zur Zeit kaum wiederfinden.

MEDIEN MIT (KLASSEN)-STANDPUNKT NÖTIG

Neben der Frage des ORF drückt sich am Mediensektor auch eine politische Schwäche der ArbeiterInnenbewegung aus. Die Gewerkschaften verfügen z.B. mit der "Solidarität" und dem Sender ATV Plus zwar theoretisch über wichtige Instrumente auch politisch/ideologisch "Gegenmacht" in der Gesellschaft aufzubauen. Doch was bringt ATV Plus: Hetze gegen Streikende und "Bauer sucht Frau". Die Zeitung "Vorwärts" ist demgegenüber die einzige sozialistische Monatszeitung in Österreich, die zudem bewusst ohne Inserate (!) und damit unabhängig von Banken und Konzernen herausgegeben wird. Seit 1983 bemühen wir uns in diesem Sinne um einen klar "abhängigen" Standpunkt: Abhängig von den Interessen der ArbeiterInnen und Jugendlichen in Österreich und auf internationaler Ebene.

"No to Bush&Co" SLP setzt besondere Zeichen

Am 21. Juni war Georg W. Bush in Wien - und nicht nur das Wetter hat ihm einen heißen Empfang bereitet. In der Früh beteiligten sich rund 2000 SchülerInnen an einem Schulstreik, am Nachmittag kamen über 20.000 Menschen zu einer beeindruckenden Grossdemonstration. Wir waren schon Wochen vorher aktiv. Gemeinsam mit SWI organisierten wie den Aufbau von Schulkomitees und Kundgebungen vor diversen Wiener Schulen. Ebenso diskutierten Fragen wie "ArbeiterInnenbewegung in den USA", "Naher Osten" und "Iran". Unser Motto "No to Bush&Co" hat die Besonderheit unserer Kampagne aufgezeigt. Wir sind nicht gegen "die Amis" und wir glauben nicht, dass Bush die Ursache allen Übels ist. Er ist Respräsentant eines Systems,

unter dem irakische, österreichische und us-amerikanische Jugendliche und ArbeiterInnen leiden.

DER FEIND UNSERES FEINDES IST NICHT UNSER FREUND

Im Vorfeld der Demonstration wurde viel - v.a. auch in den Bündnissen für die Demo - diskutiert. Wir haben uns für RednerInnen eingesetzt, die die Interessen von ArbeiterInnen, Arbeitslosen, Frauen und Jugendlichen vertreten. Z.B. für GewerkschafterInnen und Anti-KriegsaktivistInnen aus den USA. Wir sind für VertreterInnen aus z.B. dem Irak, sind aber nicht der Ansicht, das islamische FundamentalistInnen oder irakische Bürgerliche für eine Politik stehen, die zum Truppenabzug der USA führt und eine friedliche und demo-

krate Zukunft für die Menschen im Irak bringt. Unsere Blöcke auf den Demonstrationen waren daher auch internationalistisch - es gab Grussbotschaften von Antikriegs-AktivistInnen aus Britannien und den USA und Tafeln und Sprüche in mehreren Sprachen. In der Früh kamen SchülerInnen aus rund 10 Wiener Schulen mit uns zum Schulstreik, am Nachmittag waren auch viele Berufstätige und Ältere im Block.

POWERLEARNING MARXISMUS

Theorie und Praxis sollen eine Einheit bilden - deshalb haben wir uns auf den Bush-Besuch auch inhaltlich vorbereitet. Im Sommer gibt es mit "Powerlearning Marxismus" die Möglichkeit, sich in Wien an kurzen Diskussionsgrup-

pen zu beteiligen, bei denen marxistische Grundlagen erklärt und diskutiert werden. Beginnend mit dem ABC der Dialektik geht es von "Wie funktioniert Kapitalismus" über marxistische Staatstheorie zur Analyse von Faschismus und Frauenunterdrückung. Mitmachen kann jedeR, der/die sich anmeldet und die jeweiligen Texte liest. Informationen und Anmeldung unter www.slp.at

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

SLP IN EIGENER SACHE

Unterstützen Sie den SLP-Wahlkampf:

Unterstützen Sie uns mit einer Unterstützungserklärung auf Ihrem Bezirksamt, mit einer Spende (PSK 8812.733) und Ihrer aktiven Mitarbeit.

VERANSTALTUNG

MITTWOCH, 26.07.'06, 19:00

Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten:
MarxistInnen und Wahlen

SLP-Sommerortsgruppe "Amerlinghaus", Wien 7.; Stiftg. 8

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

SALZBURG

jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

während der Sommermonate Juli und August findet in Wien die "Sommer-Ortsgruppe" statt.

jeden Mittwoch um 19 Uhr
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SWI-Treffpunkt in Wien

Termine auf Anfrage unter 01-524 63 10 bzw. auf www.swi.at

Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeiterInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



Die Website der Sozialistischen LinksPartei – seit Mai 2005 in neuem Gewand, mit mehr und aktuellerem Inhalt. Jetzt besuchen!



Neues aus dem CWI

Protest gegen neues Gesetz

Australien John Howards rechte Regierung plant ein Gesetz für "Industrielle Beziehungen". Durch die Industrial Relations (IR) Laws sollen Überstundenzahlungen, Urlaubsgelder, Zulagen usw. gestrichen werden. Am 28. Juni demonstrierten 300.000 Menschen, allein die Hälfte in Melbourne, gegen die geplante "Reform", darunter auch Mitglieder der Socialist Party (CWI). Wir verkauften Anti-IR Buttons sowie unsere Zeitung. Dass die Proteste kleiner waren als im November vergangenes Jahr liegt wohl daran, dass viele vom Kurs der Gewerkschaftsführung desillusioniert sind und fragen sich: "Werden Proteste allein ausreichen, um das Gesetz zu Fall zu bringen?" Außerdem sehen viele die Anbindung an die Australische Labor Party (ALP) kritisch, da diese selber auf Bundesebene ähnliche Politik gemacht haben wie Howard und in vielen Bundesstaaten immer noch machen. Gleichzeitig wächst die Unterstützung für eine grundsätzliche linke Opposition. Um das Gesetz zu Fall zu bringen schlagen unsere GenossInnen Arbeitskämpfe, sowie gemeinsame Aktionen aller ArbeiterInnen und der Gemeinden vor.

Besetzungen von Hochschulen gehen weiter

Griechenland Ende Juni: Sieben Wochen nach dem Aufstand der StudentInnen, der in der ersten Maiwoche begann, sind weiterhin 415 der 456 griechischen Hochschulen besetzt. Wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel fing die Massenbewegung der Studierenden an. Die Regierung hatte so etwas absolut nicht erwartet und war daher mehr als überrascht von dem Ausmaß der Proteste. Doch viel wichtiger als dies, hat die neue Studi-Bewegung auch die ArbeiterInnenbewegung aufgerüttelt und Solidaritätsstreiks hervorgerufen. Für Donnerstag, den 22. Juni, hatte die Gewerkschaft der öffentlich Beschäftigten (ADEDY) zu einem 24-stündigen Streik aufgerufen, um die Studierenden zu unterstützen. Sie forderte dazu auf, an diesem Tag an der stattfindenden Studi-Demo teilzunehmen. Ebenfalls für den 22. Juni organisierte die Gewerkschaft GSEE, in der Beschäftigte des privaten und öffentlichen Versorgungssektors organisiert sind, eine 3-stündige Arbeitsniederlegung in Solidarität mit den kämpfenden StudentInnen.

Regionale Machtansprüche des iranischen Mullah-Regimes – Bush & Co auf Konfrontationskurs

USA : IRAN

Ein weiteres "Match" im Nahen Osten?

von Wolfgang Fischer, SLP Wien

Das iranische Mullah-Regime beharrt auf der Fortsetzung ihres nuklearen Forschungsprogramms, dessen Ziel letztendlich auch die Entwicklung von waffenfähigem Plutonium sein könnte. Bush & Co., selbst eifrige Verkäufer von Nukleartechnologien, auch an potentielle Konfliktpartner wie Indien und Pakistan, fürchten einen weiteren Verlust der geopolitischen Einflussphäre im Nahen Osten. Offene militärische Verbalattacken seitens der USA werden vom iranischen Regime mit ökonomischen Drohungen beantwortet, die internationalen Ölmärkte reagieren nervös. Derzeit bewegt sich der Ölpreis um die 70 Dollar je Barrel und liegt damit 30% über dem Vorjahresniveau.

IMPERIALISMUS GESPALTEN

Die sechs Mitglieder des mittlerweile aktivierten UN-Sicherheitsrates sind in der Frage weiterer Schritte uneinig. Die Bandbreite an möglichen Maßnahmen gegen den Iran reicht von diplomatischen Verhandlungen über



Foto von Max Strohmeyer

Sanktionen bis hin zu militärischen Schritten. Während Russland und China vor einer weiteren Eskalation warnen, setzen Frankreich, Deutschland (und die EU) auf die Androhung ausgedehnter Sanktionen bei gleichzeitigem Angebot wirtschaftlicher Unterstützung im Falle eines Einlenkens des Iran. Sanktionen, die natürlich nur die Lebenssituation der ArbeiterInnen und BäuerInnen verschlechtern und dem Fundamenta-

lismus der Mullahs und Hardliner Vorschub geben würde.

UNTERSCHIEDLICHE INTERESSEN

Diese scheinbare Uneinigkeit reflektiert die zunehmende geopolitische Konkurrenz zwischen den Machtblöcken, sowie den gestiegenen Einfluss des Iran in der Region. Mitte Juni hat Irans Präsident Ahmadinejad am Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation

Organization (SCO) teilgenommen, bei der es auch um eine enge Zusammenarbeit zwischen Russland, China und Iran beim Erdgas- und Erdölhandel ging. Auch der Vorschlag des Mullah-Regimes zur Einrichtung einer eigenen Ölhandels-Börse mit Euro-Verrechnung ist ein Affront für den US-Kapitalismus und würde dessen angeknackste ökonomische Vormachtstellung weiter aushöhlen. Zweifellos existieren Plä-

ne des Bush-Regime für militärische Luftschläge gegen Irans Nuklearanlagen. Eine Bodenoffensive der US-Truppen ist jedoch derzeit auszuschließen, das im Irak hervorgerufene Chaos gerät zunehmend außer Kontrolle, die Weltmacht ist an ihren militärischen Grenzen.

KAPITALISMUS BIETET KEINE LÖSUNGEN

Dieser schwelende Konflikt birgt das Potential, einen Flächenbrand im gesamten Nahen Osten auszulösen. Leidtragende sind aber schon heute vor allem ArbeiterInnen dieser Region, aber auch in der "westlichen" Welt. Denn wenn es darum geht, Verschlechterungen umzusetzen, streikende ArbeiterInnen zu bedrohen oder demokratische Grundrechte abzubauen, sind Bush, Ahmadinejad und Schlüssel auf einer Linie. Nicht nukleare Aufrüstung oder UNO-Maßnahmen, sondern nur der Wiederaufbau unabhängiger ArbeiterInnenorganisationen und der Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung sind geeignete Mittel, erste Schritte zur Lösung des Konflikts zu setzen.

Endlich eine Partei die für die Interessen der ArbeitnehmerInnen kämpft!

Berliner Mut gegen faule Kompromisse

von Laura Rafetseder, SLP Wien

Am 17.9.2006 hat Berlin die Chance auf eine echte linke Opposition – die WASG. Die Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist 2005 aus der Bewegung gegen die Agenda 2010 und die Hartz IV Reformen der rot-grünen Regierung entstanden. Sie war damals Hoffnungsträger für all jene die sich von den existierenden Parteien, inklusive der in Berlin und anderen Bundesländern mitregierenden PDS, nicht mehr vertreten fühlten. Die PDS war unter anderem in der Hauptstadt aus dem Flächentarifvertrag (entspricht den Kollektivverträgen in Österreich) ausgestiegen und argumentiert Kürzungen wie jene bei den Löhnen der Bediensteten der Berliner Charité Klinik damit, dass ja nicht mehr Geld da sei.

NICHT IN DER SPARLÜGE GEFANGEN

Das Vermögen der 100 reichsten Familien und Privatpersonen in Deutschland liegt bei 330 Milliarden Euro – das ist ein Viertel der Gesamt-Staatsverschuldung. Die Sparlüge dient der PDS auch dazu, zu vertuschen, dass sie nur keimenden Widerstand gegen die Budgetpolitik des Bundes or-

ganisieren will und wird. Genau dafür, für Widerstand auf der Straße gegen die Sparpolitik – sowohl von schwarz-rot auf Bundesebene als auch der Berliner SPD/PDS Stadtregierung – steht im Gegensatz dazu die Berliner WASG. Weil sie gegen die PDS in Berlin antreten wollte, hatte die WASG Bundesführung versucht zwei Landesverbände, darunter auch den Berliner Landesverband, aufzulösen – da sie dadurch den Fusionsprozess der WASG mit der PDS und damit die "Einheit der Linken" bedroht sah. Dieser Plan ist nun gründlich in die Hose gegangen. Die WASG Berlin hatte bereits am Tag darauf einen Landesparteitag abgehalten, bei dem das eigenständige Antreten bekräftigt wurde. Sie musste aber diesen demokratischen Beschluss letztlich sogar vor einem bürgerlichen Gericht durchsetzen.

SPITZENKANDIDATIN KLAGT ETABLIERTE POLITIK AN

"Sollen sie doch in ihrem eigenen Saft schmoren", hatte Klaus Ernst, Bundesvorstands-Mitglied der WASG nach der Landgerichts-Entscheidung zugunsten des Berliner Landesverbandes verkündet. Gemeint ist damit, dass die WASG-Bundesspitze den eigenen Landesverband –



Lucy Redler

die WASG Berlin – boykottieren wird und eine andere Partei, die PDS/Linkspartei und ihre Kürzungspolitik, gegen diese unterstützt. Die von der WASG Führung gewünschte "Linke Einheit" ist aber eine Milchmädchenrechnung: 1 WASG +1 PDS = Erfolg bei Wahlen. Im Fall des eigenständigen Antretens der Berliner WASG kann die Rechnung aber ganz anders aussehen: 1 kämpferische Berliner WASG gegen 1 sozialabbauende PDS = 5% für die Berliner WASG (aktuelle Umfragen) und eine PDS die von den WählerInnen für ihre Politik abgestraft wird. Entscheidend ist näm-

lich wofür "Links" steht. Im Juni nahmen 15000 an einer Demonstration gegen die so genannten Reformen der Bundesregierung teil – und WASG-Spitzenkandidatin und Mitglied unserer deutschen Schwesterorganisation (SAV) Lucy Redler klagte bei der TV-Talkshow "Sabine Christiansen" vor 3,8 Millionen Fernsehzuschauern die Politik der etablierten Parteien nicht nur an, sondern rief zu dieser Demo mehrfach auf. Der Info-Stand der WASG Berlin war auf der Demo selbst umlagert und stieß auf größtes Interesse. Redler selbst ist nicht nur permanent

in den deutschen Medien – vor allem kommen immer wieder wildfremde Menschen auf sie zu und wünschen ihr viel Glück. Dies ist auch Ausdruck der Anerkennung und Verankerung, die die Berliner WASG unter Gewerkschaftsaktivisten und sozialen Bewegungen hat. Auf der Landesliste finden sich aktive GewerkschafterInnen wie der ver.di-Betriebsgruppenvorsitzende an der Charité, Carsten Becker, die GEW-Aktivistin Renate Herranen und die S-Bahn-Betriebsrätin Kerstin Fürst neben dem stadtbekanntesten Antifaschisten Michael Kronawitter, profilierten Berliner Linken wie Michael Prütz und Sebastian Gerhardt und dem Aktivisten des Bürgerbündnisses gegen Privatisierung, Hermann Werle.

Nähere Infos auf: <http://waeHLT-wasg.de>, <http://www.sozialismus.info>

TERMIN

MITTWOCH, 09.08.'06, 19:00

Wie entsteht eine neue ArbeiterInnenpartei - am Beispiel Deutschland/Berlin

SLP-Sommerortsgruppe "Amerlinghaus", Wien 7.; Stifftg. 8

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 158

Juli/August 2006



Skandal in Ried/0Ö: Polizei schützt Nazis!

von Franz Breier jun.,
SLP Wien

Schon am 18. März konnten über 100 Nazis in Ried, unbehelligt von der Polizei, die seit langem größte Nazi-Demo in Österreich abhalten und aggressiven Rassismus verbreiten. Hinter der Mobilisierung stand ein Bündnis aus dem bekannten Welser Rechtsextremen Reinthaler und dem "Bund freier Jugend" (BFJ). Der 27. Mai sollte die Anknüpfung an die große Demonstration im März werden. Die Rechtsextremen sehen in Ried besonders gute Chancen, da dort aufgrund des Drucks von RassistInnen ein Badetag für moslemische Frauen im örtlichen Hallenbad verunmöglicht wurde und das FPÖ-"Volksbegehren" das bundesweit beste Ergebnis erzielte.

POLIZEI BESCHLAGNAHMT
TRANSPARENT
GEGEN RECHTE GEWALT

Aufgrund des Drucks von AntifaschistInnen aus verschiedenen Organisationen kam es dieses Mal zum behördlichen Verbot der Nazi-Kundgebung. So weit, so gut. Doch auch die von der SLP angemeldete antifaschistische Kundgebung wurde untersagt und damit der Nazi-Aktion gleichgesetzt. Wir ließen uns davon jedoch nicht abhalten: Am 27. Mai kamen wir um 9 Uhr aus Linz und Wien zum Stelzhammerplatz und be-

gannen gemeinsam mit Rieder und Welser AntifaschistInnen, die Bevölkerung über die BFJ-Gefahr zu informieren. Als die Nazis auftauchten und wir gegen sie auftraten (was umso wichtiger war, da die Polizei genau NICHTS tat), ging die Polizei gegen uns vor. Wir konnten die Nazis einmal erfolgreich vom Platz zurückdrängen. In Folge wurden wir von der Polizei daran gehindert und praktisch eingekesselt. Die Nazis marschierten – unbehindert von der Polizei – in Uniform ähnlicher Montur in Trupps zu je 10–15 Personen herum und trugen ein Transparent. Auforderungen von SLP-VertreterInnen, dagegen einzuschreiten, wurden zurückgewiesen. Plötzlich eskalierte die Polizei die Situation. Mit dem Rücken den Nazis zugewandt (!) rissen sie uns gewaltsam das Transparent "Kein Fußbreit den Faschisten" weg. Infolgedessen verhaftete die Polizei Gerhard Ziegler, einen SLP-AktivistInnen aus Linz, der das Transparent hielt. Jedoch zeigte sich selbst in diesen Situationen etwas Positives: Während der faschistische Mob in seinem Auftreten isoliert von den anwesenden RiederInnen wirkte, erklärte sich eine Reihe von PassantInnen mit der SLP solidarisch. Wir AntifaschistInnen hatten zumindest sichergestellt, dass an diesem Tag nur antifaschistische Flugblätter verteilt werden konnten.

SKANDALÖSE
GLEICHSETZUNG

Schon vor einigen Monaten attackierte, der Chef der Staatspolizei, Mag. Tischlinger in einer Lokalzeitung antifaschistische Aktivitäten und stellte die SLP mit der Gefahr des Rechtsextremismus gleich. Offensichtlich nahm er uns übel, dass wir ihn aus seiner passiven Haltung gegenüber den Nazis gedrängt hatten. Diese Gleichsetzung der SLP mit dem rechtsextremen BFJ ist in doppelter Hinsicht ein Skandal. Historisch gesehen waren es vorwiegend KommunistInnen und linke SozialistInnen, die aktiv gegen den Faschismus gekämpft haben und umgekommen sind. Und auch heute sind es Organisationen wie die SLP, die konsequent der rechtsextremen Gefahr entgegentreten.

WIE GEGEN RECHTS KÄMPFEN

Wir haben auch auf juristischer Ebene Schritte eingeleitet. Doch viel entscheidender ist, welche Lehren AntifaschistInnen aus den Ereignissen ziehen. Unserer Meinung nach muss es folgende Punkte beinhalten:

1. Antifaschistische Mobilisierungen müssen, um Sicherheit gewährleisten zu können, eine bestimmte Größe und vor allem Öffentlichkeit erreichen. Dazu ist eine erhöhte Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit

sigkeit ALLER beteiligten Gruppen und Organisationen notwendig. Wären wir vor Ort 50 oder mehr gewesen und nicht nur knappe 20, dann hätte die Polizei nicht so leicht die Nazis "ignorieren" bzw. uns angreifen können.

2. Kein Vertrauen in staatliche Organe, Verwaltung und Exekutive. Wir werden auch in Zukunft Verhandlungen mit Behörden und Polizei veröffentlichen. Einigungen über konkrete Abläufe (Demonstrationsrouten etc.) sind weiterhin keineswegs ausgeschlossen. Doch verlassen wird man sich darauf nur können, wenn die antifaschistische Bewegung entsprechende Stärke vor Ort vorweisen kann.
3. Keine Hoffnung auf konkrete antifaschistische Aktivitäten seitens der etablierten Parteien. Wir können uns nur auf eine Bewegung verlassen, die wir selbst aufbauen und gemeinsam gestalten!
4. Ein dauerhaftes Zurückdrängen rechtsextremer Umtriebe geht selbst über erfolgreiche Kundgebungen hinaus: wir müssen eine Alternative zu Armut und Arbeitslosigkeit entwickeln. Deshalb ist ernsthafter Antifaschismus ohne ein Programm gegen Sozialabbau und kapitalistische Ausbeutung unmöglich.

WERDE AKTIV MIT UNS
GEGEN RECHTSEXTREME
GEWALT!

Abonniert unseren Newsletter, kommt in unsere Gruppen und werdet Teil der Kampagne "BFJ stoppen – Gemeinsam gegen rechte Gewalt"!

TERMIN

MITTWOCH, 09.08.'06, 18:00

Portrait des
Nationalsozialismus

Powerlearning Marxismus:
"Amerlinghaus", Wien 7.; Stiftg. 8

Neue Broschüre!

70 Jahre spanischer Bürgerkrieg

Diverse Texte, Zeittafel und Klassiker zum Thema. Die Broschüre erscheint im Laufe des Sommers. Nähere Infos und Bestellmöglichkeit auf www.slp.at.



Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at